

wirtschaftlichen Umbaus. Im Januar und Februar 1992 bereiste der Siebenundachtzigjährige den chinesischen Süden und verteidigte den marktwirtschaftlichen Kurs wortgewaltig gegen die konservativen Betonköpfe in der KPC.

«Wenn wir neben dem Sozialismus nicht gleichermaßen an Reform und Westöffnung festhalten sowie fortschreiten, die Wirtschaft und den Lebensstandard der Bevölkerung zu verbessern, endet es in unserem Untergang», mahnte Deng. Seiner Meinung nach hätte es nach den Unruhen am Platz des Himmlischen Friedens im Juni 1989 ohne die Reformen einen Bürgerkrieg gegeben, ähnlich wie während der Kulturrevolution: «Der eigentliche Grund, warum unser Land noch immer stabil ist, liegt in der Politik der Wirtschaftsreform begründet sowie in der steten Verbesserung der Lebensqualität großer Teile der Bevölkerung.»

Nach Dengs Tod 1997 kündigte Jiang Zemin mitten in der Asienkrise eine Erweiterung der sozialistischen Marktwirtschaft an, um künftig mehr Staatsunternehmen privatisieren zu können. Das ursprüngliche Ziel bestand darin, aus den 300 000 öffentlichen Betrieben rund 1000 Großkonglomerate zu schmieden und den Rest abzuwickeln oder zu verkaufen. Dieser Vorstoß ist, wie wir heute wissen, auf halbem Weg steckengeblieben; nach wie vor gibt es sagenhafte 167 000 Staatsunternehmen.

Falsch wäre auch der Eindruck, die wirtschaftliche Öffnung hätte die politischen und rechtlichen Freiheiten wesentlich vorgebracht. Wie wenig schon Deng davon hielt, zeigt sich in seiner Mitverantwortung für die blutige Niederschlagung der Studentenunruhen am Platz des Himmlischen Friedens 1989. Während seiner langen Amtszeit ließ der Patriarch weder freie Wahlen noch eine unabhängige Justiz oder überhaupt eine echte Gewaltenteilung zu, das Machtmonopol der Partei ging ihm über alles. Auf seiner als Ausweis von Fortschrittlichkeit und Westöffnung gelobten Reise durch den Süden stellte Deng

1992 klar: «Historische Erfahrungen haben gezeigt, dass unsere politische Macht nur über eine Diktatur zu konsolidieren ist. Eigentlich sollten wir unser Volk Demokratie genießen lassen. Um aber unseren Feinden überlegen zu sein, müssen wir Diktatur praktizieren, die demokratische Diktatur des Volkes.»

Vielleicht gelinge es erst in dreißig Jahren, also etwa 2022, ein «funktionierendes System» zu schaffen, überlegte Deng damals. Der Endzweck aller Anstrengungen liege noch viel weiter in der Zukunft. «Unser Ziel lautet, einen Sozialismus chinesischer Prägung aufzubauen. Wenn wir das in hundert Jahren geschafft haben, ist das bereits ein riesengroßer Erfolg. Auf unseren Schultern liegt eine schwere Bürde», schrieb Deng seinen Nachfolgern ins Stammbuch. Diese Last meint der heutige Führer Xi Jinping aufnehmen und weitertragen zu müssen. Nicht zuletzt, indem er seine eigenen Hundert-Jahr-Ziele definiert hat, auf die noch einzugehen sein wird.

Xi rekurriert mehr als seine unmittelbaren Vorgänger auf Marx und Mao. Gleichwohl ist China nach vierzig Jahren des kapitalistischen Aufstiegs nur noch der Theorie und der Symbolik nach ein «rotes» Land. Eher könnte man es leninistisch nennen, denn bei der «Volks»-Republik handelt es sich um einen autoritären, straff geführten Einparteiensstaat, in dem Demokratie und Rechtsstaatlichkeit nicht viel zählen und dessen Wirtschaft der Regierung und den kommunistischen Eliten untertan ist.

Diese Fremdbestimmung hat über die Jahre nicht abgenommen, im Gegenteil: Unter Xi Jinping haben die Zugriffsmöglichkeiten des Staates auf den Einzelnen zugenommen, die Abwehrrechte der Bürger sind geschrumpft. Mithilfe neuer Techniken, in denen China führend ist, kann es zur totalen Überwachung kommen. Über das System der «Sozialkredite» werden Privatpersonen und Unternehmen belohnt und bestraft, gemäß Kriterien, die niemand anders festsetzt als die allmächtige Kommunistische Partei. Der langjährige China-Kor-

respondent der «Süddeutschen Zeitung», Kai Strittmatter, hat ein lesenswertes Buch über diese «Neuerfindung der Diktatur» geschrieben. Er kommt zu dem Schluss, dass China unter Xi Jinping nicht nur selbstbewusster, sondern auch deutlich autoritärer geworden sei: «Chinas Diktatur unterzieht sich gerade einem Update mit den Instrumenten des 21. Jahrhunderts.»

Chinas Militärmacht wächst rasant

Das vorliegende Buch fragt, wie real die Möglichkeit ist, dass von diesem eigenartigen Zwittersystem aus Kaderordnung und Turbokapitalismus eine Gefahr für den Westen, für Europa, für Deutschland ausgeht. Dabei geht es zuvorderst um die wirtschaftliche Expansion, aber es schadet nicht, auch auf andere Instrumente zur Machtdurchsetzung zu blicken, etwa auf Chinas Militärmacht. Wie beachtlich sie ist, wurde am 1. Oktober 2019 für alle Welt anschaulich, als Peking aus Anlass des 70. Geburtstags der Volksrepublik die größte Militärparade aller Zeiten erlebte. Daran nahmen 15 000 Soldaten, mehr als 160 Flugzeuge sowie 580 Panzer und andere Waffensysteme teil.

Glänzend orchestriert, folgte der Höhepunkt am Schluss des Aufmarsches. Da zeigte die Volksbefreiungsarmee ihre Interkontinentalraketen vom Typ «Dong Feng 41». Der Name «Ostwind» nehme bereits die mögliche Abschussrichtung nach Westen vorweg, sagen Militärfachleute, denn der Flugkörper könne in kürzester Zeit Europa erreichen. Innerhalb einer halben Stunde ließen sich zehn nukleare Sprengköpfe bis in die USA tragen. Chinas Staats- und Parteichef Xi Jinping, der auch Oberbefehlshaber ist, sagte anlässlich dieser Machtdemonstration, niemandem sei es möglich, die Grundlagen «dieser großen Nation» zu erschüttern. «Keine Macht kann den Fortschritt des chinesischen Volkes und der Nation aufhalten.»

Unzweifelhaft ist China eine militärische Großmacht. Das Land ist eines von nur fünf ständigen Mitgliedern im Weltsicherheitsrat der Vereinten Nationen, ist Atommacht, hat mehr Soldaten unter Waffen als jedes andere Land, rund zwei Millionen, und erhöht seinen Wehretat in überproportional großen Schritten. 2019, im letzten normalen Jahr vor der Corona-Krise, wuchs die Wirtschaft um 6,1 Prozent, die Rüstungsausgaben aber legten um 7,5 Prozent auf knapp 1200 Milliarden Yuan zu. Das sind etwa 190 Milliarden Dollar oder 1,3 Prozent der Wirtschaftsleistung.

Mit seiner Mannstärke liegt China vor den Vereinigten Staaten mit ihren 1,4 Millionen Soldaten, beim Budget rangiert Peking aber weit hinter Washington auf Platz zwei. Amerika gibt viermal so viel Geld aus, etwa vier Prozent seines Bruttoinlandsprodukts (BIP). Nun ist es sicher richtig, dass die Volksrepublik nicht alle ihre Zahlen veröffentlicht. Das Internationale Friedensforschungsinstitut in Stockholm (Sipri) nimmt an, dass der tatsächliche Wehretat etwa 1700 Milliarden Yuan oder 260 Milliarden Dollar umfasst. Kaum ein anderes Land habe in den vergangenen Jahren derart aufgerüstet, stellen die Schweden fest.

In nicht einmal zehn Jahren ließen die Chinesen ihre Rüstungsausgaben inflationsbereinigt um mehr als 80 Prozent anschwellen. Der «Economist» schreibt, seit Deng Xiaopings Zeiten habe kein anderer Führer die Volksbefreiungsarmee derart auf Vordermann gebracht wie der amtierende Militärführer Xi Jinping. Dieser habe sich vorgenommen, die Truppen bis zum 100. Geburtstag der Volksrepublik 2049 auf «Weltklasse-Niveau» zu bringen. Das heiße nichts anderes, so das britische Nachrichtenmagazin, als dann Amerika schlagen zu können.

Das klingt alarmierend, vorerst aber kann China den USA militärisch nicht das Wasser reichen. Trotz der massiven Aufrüstung erreichen die chinesischen Rüstungsausgaben noch

nicht einmal die Nato-Vorgabe von zwei Prozent des BIP, auf die die Amerikaner in ihrem Verteidigungsbündnis so sehr pochen. Das mag ein schwacher Trost für andere asiatische Staaten sein, mit denen Peking im Ost- und Südchinesischen Meer um Territorien streitet. Zu denken ist hier an Japan, Vietnam oder Taiwan, das «zurückzuerobern» Peking sich ausdrücklich vorbehält. In diesen und anderen Konflikten verlässt sich die Volksrepublik zunehmend auch auf ihre Waffenpräsenz. Aber dass China Richtung Europa oder Amerika expansiv werden könnte, gilt so lange als ausgeschlossen, wie die Nato funktioniert, sich Peking nicht mit Moskau verbündet und die atomare Abschreckung greift. Militärisch ist die neue «Rote Gefahr» für uns also wohl keine Bedrohung. Jedenfalls vorerst.

Aber Peking rüstet eben nicht nur mit Waffen auf, sondern auch wirtschaftlich. In diesem Zusammenhang waren die Jahre 2019 bis 2021 eine denkwürdige Phase für die ostasiatische Macht. Die internationale Politik und die Weltpresse konzentrierten sich in dieser Zeit vor allem auf den Handelsstreit mit den Vereinigten Staaten und natürlich auf die Corona-Pandemie, die von China ausging. In geringerem Maße kamen auch die Proteste in Hongkong und die zunehmende Einverleibung der Kronkolonie zur Sprache, zudem die Lage der Uiguren in Xinjiang und vielleicht noch der Jahrestag des Massakers am Platz des Himmlischen Friedens 1989. Da Donald Trump bis zu seiner Abwahl im Januar 2021 Ost und West gleichermaßen vor sich hertrieb, die «Agenda setzte», wie man heute sagt, schien das Riesenreich in eine passive, ja reaktive Rolle gedrängt zu werden. Das galt umso mehr, als sich die Volksrepublik angesichts der Covid-19-Welle eine Zeitlang abschottete und einigelte.

Doch die Perspektive trügt. Aus chinesischer Sicht waren 2019 und 2021 positiv besetzte Jahre; und selbst das Corona-Jahr 2020 hätte schlimmer kommen können. Die Ostasiaten